

„Entschieden ist da bisher noch gar nichts“

Fichtelgebirgsautobahn | Innenminister Joachim Herrmann will Wünsche der Bevölkerung und fachliche Aspekte berücksichtigen

Hohenberg – Der Ausbau der Bundesstraße 303 erhitzt die Gemüter im Fichtelgebirge. Kaum eine Stadtratssitzung oder Parteiversammlung kommt um das Thema herum. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat beim Jubiläum des CSU-Ortsverbands Hohenberg von Befürwortern und Gegnern der Fichtelgebirgsautobahn Resolutionen erhalten. Im Interview äußert er sich dazu und zum Wegfall der Grenzkontrollen am 21. Dezember.

Wie beurteilen Sie die Pläne zur „Fichtelgebirgsautobahn“?

Ich weiß, es gibt um den Ausbau der B 303 heftige Auseinandersetzungen. Sicher ist aber, dass Tschechien die Straße von Karlsbad kommend vierspurig ausbaut. Die Verbindung von der Landesgrenze bis zur A 93 muss auf jeden Fall ausgebaut werden. Ich hoffe, dass für die Ortsumgehung Schirnding schon im nächsten

Jahr grünes Licht gegeben wird, aber der weitere Verlauf, vor allem zwischen der A 93 und der A 9 im Bereich Bayreuth/Kulmbach, muss sehr sorgfältig abgewogen werden.

Brauchen wir wirklich noch mehr Straßen?

Wirtschaftlich täte es dem Raum sicherlich gut, wenn die Straßenverbindungen verbessert würden. Dabei werde ich aber die ökologischen Probleme und die mit den Anwohnern sorgfältig abwägen. Wie sind die Kosten, welche Trassen sind vertretbar? Da ist noch sehr viel zu prüfen. Entschieden ist da bisher noch gar nichts.

In Ihrer Rede vor der Hohenberger CSU sagten Sie, dass eine Straße, die die Bevölkerung nicht wolle, auch nicht gebaut werde..

Wir registrieren natürlich, ob ein solches Projekt befürwortet oder

abgelehnt wird. Klar ist aber: Man kann keine große Straße mit Zustimmung aller bauen. Ich habe viele Projekte in Bayern, bei de-

Interview



Joachim Herrmann, Innenminister von Bayern

nen eine Straße einstimmig erwünscht ist. Also werde ich, nachdem zu wenig Geld vorhanden ist, lieber diese Straßen bauen, die sehnlichst erwünscht werden.

Wie erfahren Sie von den Wünschen?

Ich muss schauen: Wie votiert der Kreistag in Wunsiedel, wie die

Stadt- und Gemeinderäte in der Region. Aber ich darf auch die fachlichen Aspekte nicht aus dem Auge verlieren: Wo besteht Bedarf und was ist ökologisch vertretbar?

Wenn man eine leistungsfähige Infrastruktur will – warum wird dann die Schiene vernachlässigt? Warum wird die Frankensachsen-Magistrale nicht elektrifiziert, warum fahren immer weniger Züge?

Wir brauchen den Ausbau der Bahnstrecken und deren Modernisierung. So toll die ICE-Trasse von München nach Nürnberg ist, wir brauchen Bahnstrecken in ganz Bayern, überall. Das darf man nicht vernachlässigen. Die bayerische Staatsregierung wird gegenüber der Bahn darauf pochen, dass an den früheren Plänen festgehalten wird. Das muss auch gegenüber dem Bundesverkehrsminister zum Ausdruck gebracht

werden.

Ein anderes großes Thema ist der Wegfall der Grenzkontrollen am 21. Dezember. Ist dann mehr Kriminalität zu befürchten?

Wir haben auf beiden Seiten der Grenze bestens vorgesorgt. Ich freue mich über die gewonnene Freiheit, aber mehr Freiheit wird nicht weniger Sicherheit bedeuten. Die Zusammenarbeit mit den Tschechen funktioniert bestens, die Polizei ist personell und technisch hervorragend ausgerüstet.

Was wird aus den Beamten, die derzeit an der Grenze Dienst tun?

Wir werden alle Polizeibeamten in der Region belassen. Keiner wird nach München oder Nürnberg versetzt, weil er am Schlagbaum nicht mehr gebraucht wird. Sie werden jetzt zehn, 20 oder 30 Kilometer hinter der Grenze dafür sorgen, dass ein Höchstmaß an

innerer Sicherheit erhalten wird.

Sie sagten, ein, zwei Jahre mehr Vorbereitung hätten durchaus gut getan. . .

Gesamteuropäisch gesehen: Ja. Dabei geht es wohlgemerkt nicht um die Situation in Tschechien, die sind gut aufgestellt. An den Außengrenzen des Schengenraumes muss ordentlich kontrolliert werden.

Wo denn?

Das betrifft die Grenze von Polen nach Weißrussland oder die der Slowakei zur Ukraine. In Brüssel ist man zwar von der Qualität der dortigen Kontrollen überzeugt, aber ich glaube nicht, dass da an jedem Kilometer der Grenze schon das gewährleistet ist, was wir für notwendig erachten. Wenn alles funktionieren soll, müssen wir auch Informationen zum Beispiel aus Estland bekommen, zum Beispiel über illegale Aktivitäten.

Interview: Gerd Pöhlmann